

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Streichung folgender Paragraphen auf den angegebenen Seiten, weil sie nicht mehr zeitgemäß sind und Bitte um neue Formulierungen vom Bundesvorstand und neues Logo (gelb/kursiv)

Antrag 1: Neues Logo

Neues Logo einfügen

Seite 5 folgenden Text ersetzen:

„DIE ZEIT DER TRADITIONELLEN „VOLKSPARTEIEN“ LÄUFT AB

Den großen Herausforderungen und Gefahren des 21. Jahrhunderts sind sie nicht gewachsen. Corona und das hemmungslose Verteilen von geliehenem Geld war ihr letzter „großer Auftritt“. Die deutsche Kanzlerin hat in den 15 Jahren ihrer Regierungszeit für Deutschland weltweit Sympathien hinzugewonnen. Gleichzeitig hinterlässt sie ein schweres Erbe: ein ungelöstes Migrationsthema, ein ungelöstes Energie- und Verschuldungsproblem. Und einen nicht endenden Abstieg in Bereichen, in denen wir einst Weltspitze waren. Ein Plan zur Lösung dieser Probleme war ihr nie zu entlocken. Auch die Reaktion der Bundesregierung auf die Coronakrise war nicht wirklich ein Ruhmesblatt. Weil sie Monate zu spät kam. Wir sind keine Coronaleugner, wir sind Coronarealisten. - Ja, Corona ist gefährlich. - Ja, Deutschland geht es besser als manchen anderen westlichen Ländern. Aber leider dramatisch schlechter als vielen ostasiatischen Ländern, die schneller reagierten. Weil die Politiker Deutschlands und des gesamten Westens, trotz regelmäßiger schriftlicher Warnungen ihrer Botschaften in den asiatischen Ländern, Monate zu spät auf den Ausbruch der Pandemie in China reagierten. Sie haben sogar fröhlich Karneval und Starkbierfeste gefeiert, weil es extrem unpopulär gewesen wäre, die- se beliebten Volksfeste einer unzureichend informierten Bevölkerung zu verbieten“

Seite 6 folgenden Text ersetzen:

„WER ZU SPÄT KOMMT, DEN BESTRAFT DAS LEBEN

Das Hinausschieben unpopulärer Maßnahmen ist typisch für Politiker, die nur an die nächste Wahl denken. Deutschland wird noch in Jahrzehnten unter den schweren wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Folgen der verspäteten Abwehr von Corona leiden. Ostasiatische Staaten wie Südkorea, Vietnam oder Taiwan haben Wochen früher als Deutschland auf das Corona-Virus reagiert. Sie haben daher viel weniger Todesopfer als Deutschland zu beklagen. Hier einige Fakten: Am

31.12.2020 hatte Vietnam mit seinen 96 Millionen Einwohnern 35 Coronatote, Südkorea 900, Taiwan 7 und die Mongolei einen Coronatoten zu beklagen.

So sieht das Ergebnis erfolgreicher Corona- napolitik aus. Und nicht so wie bei uns. Unser Land trauerte bereits Ende letzten Jahres um 33.310 Corona- Todesopfer. In einer Sonderausgabe des „Global Competitiveness Report“ 2020 des Weltwirtschaftsforums, in dem Analysten untersuchten, wie gut 37 ausgewählte Länder gerüstet sind, erfolgreich durch die Coronakrise zu kommen, landete Deutschland nur auf Platz 12. Wie einst der deutsche Schriftsteller Friedrich von Logau sagte: „In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod.“ Die regierenden Politiker in Deutschland lassen sich dennoch weiterhin für ihr Krisenmanagement feiern. Sie haben fast jede Kritik im Keim erstickt, indem sie Unsummen gepumpten Geldes im Land verteilten. Bei rechtzeitiger und entschlossener Reaktion wäre ein langer Lockdown mit seinen gigantischen wirtschaftlichen Schäden weitgehend vermeidbar gewesen. Siehe Südkorea oder Taiwan, die wegen ihrer schnellen Reaktion auf ein Herunterfahren ihrer Wirtschaft und die Schließung des Einzelhandels verzichten konnten. Geldverteiler werden anfangs meist bejubelt. Doch die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Und sie gefährden massiv die nachhaltige Finanzierbarkeit unseres Sozialstaats.“

Seite 5-6 folgenden Text aktualisieren (Platzierungen und Statistiken:)

„Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten in vielen wirtschaftlichen und technischen Bereichen weit zurückgefallen. Obwohl die Deutschen nach wie vor eines der innovativsten Völker der Welt sind.

- In der „Wettbewerbsfähigkeit“ liegt Deutschland im internationalen Vergleich nur noch auf Platz 17 der untersuchten 63 wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften. Ganz oben stehen Singapur und Dänemark, gefolgt von der Schweiz, den Niederlanden, Hongkong und Schweden. In den letzten sechs Jahren hat sich Deutschland laufend verschlechtert. 2014 belegte es noch den sechsten Platz im IMD-Wettbewerbs-Ranking. In der „digitalen Wettbewerbsfähigkeit“ fiel Deutschland auf den 18. Platz zurück. Unter anderem fehlt es an der technologischen Infrastruktur, wie auch an Investitionen in die Telekommunikation (IMD-Berichte 2020).

- Bei den Informationstechnologien steht Deutschland auf einem beschämenden Platz 36, bei mobilen Breitbandanschlüssen auf Platz 58, bei Internetverbindungen über Glasfaserkabel auf Platz 72. (WEFWettbewerbs-Report 2019)“

Grund:

Nicht mehr zeitgemäß, z.B. Corona oder Kanzlerin Merkel. Außerdem stimmen Platzierungen/Statistiken nicht mehr. Zum Beispiel ist Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit momentan auf Platz 15 (nicht mehr 17). Überarbeitung gewünscht um zu aktualisieren und gleichzeitig nicht mehr zeitgemäße Paragraphen zu streichen und ersetzen.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: [Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER](http://DieGerechtigkeitspartei-TEAMTODENHÖFER)

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 2: Punkt 31

im Parteiprogramm ergänzen (Appell an die Bürger): Neue Ergänzung in „kursiv“ und gelb:

„Unser Aufruf geht an alle Bürger und demokratischen Parteien, die von der aktuellen Politik ähnlich enttäuscht sind wie wir. Schließt euch unserer Partei an! Helft mit, Deutschland zu einem besseren Land in einer besseren Welt zu machen! Macht mit! *Und wenn dir unsere Positionen nicht reichen und dir noch Punkte fehlen, dann werde jetzt Mitglied, bereichere uns und Deutschland mit deinen Vorschlägen, deinen Visionen und Ideen und lass uns gemeinsam endlich etwas verändern!*“

Uns ist bewusst, dass wir einer Übermacht gegenüberstehen, die über unendlich mehr Geld und Einfluss verfügt. Wir fürchten diese Übermacht nicht. Von Gandhi wissen wir: Erst ignorieren sie uns, dann lachen sie uns aus, dann bekämpfen sie uns. Doch dann werden wir siegen.

Grund:

Persönlichere Ansprache, Aufforderung zur Mitwirkung, mehr Motivation und gut kombinierbar mit Social Media Posts. Damit Interessenten wissen, dass ihr Input gewünscht ist und dieses Parteiprogramm veränderbar ist und nicht ein endgültiges und unveränderbares Dokument ist.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 3: Punkt 13:

„Deutschland braucht ein neues Schulsystem“. Ergänzung in „kursiv gelb“: einen 4. Punkt einfügen

4. Schule in einer zunehmend digitalen Welt:

- Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie beginnend in der Grundschule
- Kinder sollten in den Schulen früh an die digitale Welt herangeführt werden
- digitale Infrastruktur für Schulen und Bildungseinrichtungen schaffen
- Systematisch Ausbildung von Fachkräften und pädagogisches Personal
- Sicheren Umgang mit digitalen Lösungen fördern und Verantwortungsbewusstsein schaffen
- eine Balance schaffen zwischen selbstständigem Denken und eigenständigem Lernen auf der einen Seite, und der Nutzung digitaler Lösungen und künstlicher Intelligenz auf der anderen Seite
- Zeitgemäße Bildung ermöglichen, damit der Einstieg ins Berufsleben erleichtert wird

Grund:

Wir müssen sowohl eine Position als auch eine Strategie haben als Antwort auf die neue digitale Welt und die damit einhergehende Herausforderung für ein zeitgemäßes Bildungssystem, sei es mit Hinblick auf die Ausbildung der Lehrer, als auch die Heranführung der Kinder an die neue digitale Welt, um sie bestmöglich auf die Zukunft vorzubereiten.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern
Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: [Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER](https://www.gerechtigkeitspartei.de)



Antrag für den Bundesparteitag

Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 4: Punkt 25

Cyber-Security/Abwehr am Beispiel Israel - Punkt 25 im Parteiprogramm streichen

Grund:

Diesen Vergleich streichen, da dieser Vergleich bei vielen Mitgliedern und auch Interessenten nicht gut ankommt und auf Unverständnis stößt. Ein Vergleich ist nicht notwendig, wenn aber gewünscht, dann nicht mit Israel oder USA etc., gerade weil dieses Land gegen unzählige Völkerrechts-Vorschriften stößt und von uns auf verschiedensten Ebenen kritisiert wird.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern
Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: [Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER](https://www.gerechtigkeitspartei.de)

Antrag für den Bundesparteitag

Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)



Bayern, 13.04.2025

Antrag 5: Punkt 4

Thema „Deutschland attraktiver für Investitionen machen“.

Ergänzung in „kursiv“ und gelb: (Als Paragraph/Punkt 4 einfügen)

„Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland liegt im internationalen Vergleich deutlich über dem Durchschnitt. Während der OECD-Durchschnitt bei etwa 23% und der EU-Durchschnitt bei ca. 21% liegt, ist die Besteuerung in Deutschland bei 30%. Wir setzen uns dafür ein die Steuerbelastung für Unternehmen in Deutschland deutlich zu reduzieren und ein Maximum von 25% gesetzlich einzuführen. Die momentan hohe Steuerbelastung hemmt Investitionen und schwächt die Innovationskraft. Wir müssen Deutschland wieder attraktiver für Investitionen machen. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und über mehrere Standorte verfügen, verlagern deshalb ihre Investitionen verstärkt ins Ausland, wo die Bedingungen attraktiver sind. Auch mittelständische Unternehmen oder neue Start-Ups entscheiden sich oftmals für Gründungen im Ausland, weil zu hohe Steuern, aber auch bürokratische Hürden zu belastend sind und diese Unternehmen auch kein Kapital für Wachstumsprojekte generieren oder keine Finanzierungen erhalten und daher Alternativem im Ausland suchen.

In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Diese Maßnahme würde in erster Linie mittelständische Unternehmen entlasten. Auch mit Hinblick auf Abschreibungsbedingungen für Unternehmen gibt es viel Spielraum, um spürbare Verbesserungen zu erreichen. Anreize für Unternehmen müssen geschaffen werden, damit Deutschland wieder ein wettbewerbsfähiger und innovativer Standort wird für neue Ideen und Geschäftsmodelle. Auch Investitionsprämien könnten ein Mittel sein, um Anreize zu schaffen für jene Unternehmen, die beispielsweise in Zukunftstechnologien oder nachhaltige Umwelttechnologien investieren.

Grund:

Wir müssen eine Positionierung für die Entlastung von Unternehmen herausarbeiten, weil sie in anderen steuerrelevanten Parteiprogrammpunkten keine Erwähnung/Beachtung finden.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 6: Punkt 6:

Thema „Drastischer Bürokratieabbau“ ergänzen. Ergänzung in „kursiv gelb“:

„Die Leistungsfähigkeit einer Bürokratie nimmt mit ihrer Größe nicht zu, sondern ab. Die überbordende Bürokratie unseres Landes behindert die Bürger wie auch die deutsche Wirtschaft jeden Tag mehr. Vom größten Unternehmen bis zum kleinsten Handwerksbetrieb. Wir werden die aufgeblähten Verwaltungsapparate mindestens um ein Drittel verkleinern. Ohne Entlassungen. Die demographische Entwicklung und die Digitalisierung werden uns dabei behilflich sein. Wir wollen dadurch jährlich mindestens 50 Milliarden Euro einsparen. Wir leisten hiermit einen Beitrag zum Abbau der gigantischen Verschuldung unseres Landes, die die Zukunft der jüngeren Generation massiv bedroht. Ungelöste Verschuldungsprobleme enden immer in Katastrophen. David Hume warnte zurecht: „Entweder die Nation muss die Schulden vernichten oder die Staats- schulden werden die Nation vernichten.“ Eine mutige und konsequente Verschlingung des Staates setzt Geld frei, das unser Land dringend für soziale Reformen braucht. Bevor der Staat zu den längst geplanten Steuererhöhungen, Kürzungen der Sozialleistungen und Erhöhungen der Sozialbeiträge schreitet, sollte er erst einmal seinen eigenen Apparat auf das dringend Notwendige verkleinern. Kein deutsches Wirtschaftsunternehmen würde mit einem derart aufgeblähten Verwaltungsapparat überleben. Auch das Treiben des deutschen Gesetzgebers müssen wir in normale Bahnen lenken. Für jedes neue Gesetz sollten drei alte gestrichen werden. Wir sehen in der Verschlingung des Staates eine der dringendsten Aufgaben. *Einige dieser konkreten Maßnahmen, für die wir uns einsetzen, wären die Verschlingung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, die Harmonisierung von Landesbauordnungen bundesweit, die Reorganisation der Sozialleistungssysteme und deren Verwaltung z.B. durch Ablöse des komplexen Systems von Sozialleistungen (Kindergeld, Elterngeld, Bürgergeld, Wohngeld u.v.m.) und der Schaffung einer vereinfachten Alternative. Ferner die gezielte Entlastung von kleineren und mittleren Unternehmen durch die Verkürzung von Aufbewahrungsfristen, Vermeidung von Doppelprüfungen in Steuer-Angelegenheiten und unnötigen Dokumentationspflichten. Im Rahmen der Fachkräfteeinwanderung setzen wir uns für digitalisierte Visa-Verfahren ein, inklusive der digitalen Feststellung über die Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen und durch Bestimmung von bundesweiten Anerkennungsstellen.*

Wir sollten uns Belgien und Dänemark als Beispiel für digitalen Datenaustausch nehmen und digitale Apps schaffen für die Verwaltung von Steuererklärungen, Beantragung von Sozialleistungen und Kommunikation mit den Behörden. Eine App für Bürgerdienste, die allumfassend und behördenübergreifend ist. Das Vorreiter-Modell des dänischen Portals „borger.dk“ sollte eines unserer Vorbilder sein. In diesem Portal kann man sich mit einer zentralen ID (Identitätsnachweis) einloggen und unkompliziert einen Ansprechpartner und das passende Formular finden – alles ist machbar von der Beantragung eines Führungszeugnisses oder Reisepass, Rentenleistungen oder Bürgergeld, bis hin zu einer einvernehmlichen digitalen Scheidung. Außerdem sollten wir den Datenaustausch zwischen Ländern und Kommunen durch ein datenschutzkonformes System digitalisieren und Prozesse dadurch sowohl beschleunigen als auch kosteneffizienter gestalten.“

Grund:

Der drastische Bürokratieabbau ist eines der wichtigsten Themen unseres Programms. Unserer Meinung nach fehlen hier konkrete Ideen und Maßnahmen, damit dieser Punkt nicht zu oberflächlich wirkt. Konkrete Maßnahmen zeigen, dass wir uns mit diesen Themen beschäftigt haben und Lösungen haben und nicht nur leere Versprechen machen. Schließlich sprechen wir davon jährlich mindestens 50 Milliarden Euro einsparen zu wollen und dafür ist der Paragraph zu oberflächlich gehalten.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: [Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER](#)

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 7: Punkt 10:

Thema Neubau von jährlich eine Million Wohnung ergänzen. Ergänzung in „kursiv“ und gelb:

„Nach einer Zeit planlos populistischen Geldverteilens müssen wir endlich seriös in die Zukunft investieren. Wir werden ein großzügiges Wohnungsbauprogramm auflegen. Bezahlbarer Wohnraum sollte in Demokratien ein Grundrecht sein.

Öffentliche und private Investitionen müssen gezielt in den Wohnungsbau fließen, auch innovative Konzepte wie modulare Bauweisen und schnelle Fertigbauweise sollten zum Einsatz kommen. Dazu kommen noch die Vereinfachung und Entbürokratisierung des Baugesetzbuchs. Die bürokratischen Hürden im Wohnungsbau müssen deutlich verringert werden, um den Neubau kostengünstiger und schneller zu gestalten.

Wir planen - auch durch „Nachverdichtung“ in zentralen Lagen - jedes Jahr, statt bisher knapp 300.000 Wohnungen, eine Million klimafreundliche Wohnungen oder Häuser zu bauen. Hierzu werden wir die Bauverfahren erleichtern und beschleunigen, die Grundsteuer senken und die Grunderwerbsteuer streichen. Insbesondere jungen Familien mit geringem Eigenkapital werden wir durch KfW-Kredite helfen. Die Hypothekenzinsen werden steuerlich absetzbar sein. Es muss möglich sein, mit 10 Prozent Eigenkapital eine Wohnung oder ein Haus zu bauen oder zu erwerben“

Grund:

Die Wohnungsnot in den Ballungsräumen ist ein zentrales Problem der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Die Mieten steigen rasant, während immer weniger neue Wohnungen gebaut werden. Unsere Ergänzung fügt zusätzliche konkrete Maßnahmen ein um den Wohnungsbau zu fördern.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 8: Punkt 17:

Thema „Gegen das Gift des Rassismus“. Ergänzung in „kursiv gelb“: einen vierten Punkt einfügen

„Ein „Beauftragter gegen Islamfeindlichkeit“ könnte einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der im Westen oft peinlichen Unkenntnis der muslimischen Kultur und zum inneren Frieden leisten. Wir fordern Respekt gegenüber allen Menschen - egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Um sich selbst zu lieben, muss man niemanden hassen.

„Schlussfolgernd setzen wir uns dafür ein, dass bei allen rassistisch-motivierten Vorfällen und Straftaten eine Verpflichtung zur Verhaltens- und Ethik-Therapie angeordnet wird, mit dem Ziel Rassismus als gesellschaftsschädigend anzuerkennen und aus dem Grund, dass einfache Anzeigen oder Bußgelder eine Therapie nicht ersetzen und oftmals keine langfristigen Erfolge bringen. Die Motive und Hintergründe dieser Diskriminierungen müssen adressiert werden. Außerdem sind Opfer von Diskriminierungen oder rassistischen Vorfällen langwierigen Klagen ausgesetzt, die oft erfolglos bleiben. Rassistische Motive und Denkweisen werden durch diese Therapie an der Wurzel bekämpft.“

Grund:

Dieser neue Paragraph soll dazu dienen eine klare Maßnahme hervorzuheben, die nicht alleinig den Fokus hat, Rassisten oder Straftäter zu „bestrafen“, sondern viel mehr umzuerziehen, bzw. langfristig dazu zu dienen, dass rassistische Motive und Muster hinterfragt werden. Auch hier finden wir es wichtig, dass wir nicht nur vorbildliche Positionen haben, aber auch Lösungen oder Maßnahmen.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern
Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: [Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER](http://DieGerechtigkeitspartei-TEAMTODENHÖFER.de)

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 9: Punkt 15:

Thema „Wir erklären den Pflegenotstand und fordern eine Gesundheitsreform“

Ergänzung in „kursiv gelb“: (Seite 17)

„Krankenhäuser dürfen nicht als Unternehmen geführt werden. Profit geht vor Gesundheit. Drängende, schnelle Diagnostik, Therapien und frühzeitige Entlassungen führen zur Unzufriedenheit für alle Beteiligten sowie zu Verzögerungen im Genesungsprozess.

In diesem Sinne fordern wir auch, die Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger und der gesetzlichen Krankenversicherung. Arzneimittel sind keine Luxusgüter, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung. Doch die aktuell hohe Mehrwertsteuer auf Medikamente belastet vor allem chronisch Kranke, ältere Menschen und Familien mit geringen Einkommen. Für viele stellt dies eine finanzielle Belastung dar. Wir setzen uns dafür ein, den Mehrwertsteuersatz auf Arzneimittel von 19 % auf 7 % zu senken. Diese Maßnahme würde die GKV um min. 4 Milliarden Euro entlasten. Diese Einsparungen können dazu verwendet werden, den Beitragssatz der GKV um mindestens 0,2 Prozentpunkte zu senken. Dadurch entlasten wir die Beitragszahler und stabilisieren das Gesundheitssystem. Die freiwerdenden Mittel können außerdem genutzt werden, um die Arzneimittelversorgung zu verbessern und in Präventionsmaßnahmen zu investieren.“

Grund:

Weitere Maßnahme mit Hinblick auf das Thema, dass die Gesundheit vor dem Profit steht und Arzneimittel keine Luxusgüter sind. Es kann nicht sein, dass wir 7% Steuern für kulturelle Leistungen, Bücher und Zeitungen zahlen – aber für unsere Medikamente 19%.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 10: Stärkung des Katastrophenschutzes (neuer Punkt)

„Die Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021 hat auf tragische Weise offengelegt, wie schlecht unser föderales System auf Naturkatastrophen vorbereitet ist. Wenn Sekunden zählen, dürfen keine Zuständigkeiten hin- und hergeschoben werden. Der Schutz der Bevölkerung darf kein Spielball politischer Machtfragen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sein.

Auch die zunehmenden Extremwetterereignisse im Südwesten und Süden Deutschlands zeigen: Naturkatastrophen sind längst keine Ausnahme mehr – sie gehören zur neuen Realität. Der Klimawandel macht unseren Katastrophenschutz zur Daueraufgabe. Wir fordern deshalb:

- **Zentrale Zuständigkeit für Zivil- und Katastrophenschutz beim Bund.** Nur so kann im Ernstfall koordiniert, schnell und wirksam reagiert werden.
- **Einheitliche Standards und klare Einsatzstrukturen** für Hilfskräfte im ganzen Land.
- **Bessere Ausstattung und Schulung** für alle Einsatzkräfte – vom THW bis zur Feuerwehr.
- **Frühwarnsysteme, die funktionieren** – digital, lokal und barrierefrei.
- **Stärkere Vorsorge statt nur Reaktion:** Investitionen in Prävention, wie Hochwasserschutz, Katastrophenübungen und Infrastruktur-Resilienz.

Deutschland braucht einen modernen, zentral koordinierten Katastrophenschutz, der Leben schützt – unabhängig vom Wohnort.“

Grund:

Hatte bisher keine Erwähnung im Parteiprogramm, aber mit Hinblick auf den Klimawandel und auch alle Ereignisse der letzten Jahre in Deutschland ist das Thema von großer Wichtigkeit!

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern
Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: [Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER](https://www.gerechtigkeitspartei.de)

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 11: Unabhängige Meldestelle für Polizeigewalt

Ergänzung in „kursiv gelb“: nach dem Punkt „innerer Frieden“, als Punkt 17 auf Seite 19 einfügen

„Wir haben in Deutschland keine unabhängige Meldestelle für Polizeigewalt. Und trotz unseres großen Respekts für den täglichen Einsatz tausender Polizisten zum Schutz der Bürger, können wir nicht ignorieren, dass auch die Polizeigewalt steigt; oftmals gegenüber Migranten, oder Andersdenkende, die eine andere Meinung vertreten, als die der Regierung und dagegen demonstrieren. Jährlich gibt es über 2000 dokumentierte Fälle von Polizeigewalt, die bei der Staatsanwaltschaft liegen, wobei Experten schätzen, dass die Dunkelziffer mindestens vierfach so hoch ist. Im Schnitt kommen weniger als 2% der Fälle vor Gericht und weniger als 1% der Fälle enden mit einer Verurteilung.“

Die Einrichtung einer unabhängigen Meldestelle würde sicherstellen, dass Vorwürfe gegen Polizeibeamte und -beamtinnen unvoreingenommen und transparent untersucht werden. Auch die Qualität in der Polizeiarbeit würde folglich verbessert werden, indem Fälle von Fehlverhalten oder unangemessenem Verhalten aufdeckt und Empfehlungen für Schulungen und Reformen ausgesprochen werden. Es muss wieder das Vertrauen zwischen den Bürgern und der Polizei geschaffen werden damit Polizisten, so wie früher, als „Freund und Helfer“ wahrgenommen werden. Auch im internationalen Vergleich liegt Deutschland weit hinten, da viele demokratische Länder längst unabhängige Meldestellen für Polizeiübergriffe eingerichtet haben und damit internationale Standards für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit erfüllen.“

Grund:

Wie bereits im Wahlkampf für die BTW 2025 sollten wir diese Forderung in das Parteiprogramm mitaufnehmen, weil die letzten Jahre gezeigt haben, dass dieses Thema immer aktueller wird und die Gewaltbereitschaft in der Polizei tendenziell gestiegen ist.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern

Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER

Antrag für den Bundesparteitag



Antragsteller:

Qamar Hammood (Vorsitzende des Landesverbands Bayern)
Chakib Lemzouri (stellv. Vorsitzender des Landesverbands Bayern)
Nadine El Jamal (Schatzmeisterin)
Dr. Fathia Lakhdar (Beisitzerin)
Andreas Aziz Steinbach (Beisitzer)

Bayern, 13.04.2025

Antrag zum Parteiprogramm:

Antrag 12: Punkt 15 Ergänzung

Ergänzung am Ende von Punkt 15, Seite 18: Ergänzung in „kursiv gelb“:

Es muss dringend eine neue Gesundheitsreform erzielt werden:

- Gesundheit und die Würde der Pflegenden hat oberste Priorität.
- Gesundheitsfond einrichten für finanzielle Absicherung.
- bessere Bezahlung der Beschäftigten in Pflegeheimen und Krankenhäusern.
bessere Arbeitsbedingungen schaffen.
- Die Gesellschaft mit in die Pflege ihrer Angehörigen einbinden.
- Finanzielle Umstrukturierung, mehr Unterstützung vom Staat (Überarbeitung der DRG)
- den Pflegeberuf attraktiv gestalten.
- Wertschätzung und Anerkennung der Pflegefachkräfte und jene Hilfskräfte
- Wiedereinführung eines verpflichtenden sozialen Dienstes an der Gesellschaft
- Weniger Bürokratie!
- *Einsparungen durch Verschlankung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Zusammenlegung*

Grund:

Wir setzen uns für eine Verschlankung der gesetzlichen Krankenversicherung ein, da die derzeit bestehenden 94 gesetzlichen Krankenkassen zu über 95% gleiche Rahmenbedingungen und Leistungen anbieten und sich nur über Zusatzbedingungen profilieren, seien es zusätzliche Leistungen bei Zahnbehandlungen oder bspw. Zuschüsse für eine neue Brille. Schätzungen sprechen von über 1 Milliarde € Einsparung pro Jahr.

Antragsende

Mit freundlichen Grüßen,

Vorstand des Landesverbands Bayern
Gerechtigkeitspartei – Team Todenhöfer

Mail: lv.by@gerechtigkeitspartei.de

Website: Die Gerechtigkeitspartei - TEAM TODENHÖFER